

# DER PROZESS GEGEN DEN NSU

## EIN VERFAHREN OHNE AUFKLÄRUNG

**D**ie Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) stellen eine beispiellose Gewaltserie von deutschen Neo-Nazis dar und haben zu der Einrichtung von diversen Untersuchungsausschüssen und einem Gerichtsprozess geführt. Dabei wird deutlich, dass das Interesse des Staates an einer tatsächlichen Aufklärung nur sehr begrenzt ist.

Der NSU wurde Ende des Jahres 2011 der Öffentlichkeit bekannt, als sich Beate Zschäpe der Polizei stellte und Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem Wohnmobil gefunden wurden. Dem NSU werden bislang zehn Morde sowie weitere Anschläge zugerechnet.<sup>1</sup> Zeitgleich wurde bekannt, dass die deutschen Sicherheitsbehörden, allen voran die Verfassungsschutzbehörden, den NSU über viele Jahre lang bei seinen Taten gewähren ließen und manche V-Leute sogar direkt an Taten beteiligt waren oder umfangreiche Kenntnisse von diesen hatten. Und obschon wöchentlich neue unfassbare Details der Mordserie aufgedeckt werden, scheint die öffentliche Debatte um den NSU immer stärker abzunehmen. Auch im gesamten Bundestagswahlkampf fand die Mordserie des NSU und die Rolle der staatlichen Sicherheitsbehörden faktisch keine Erwähnung. Und das nicht nur, weil die beteiligten staatlichen und politischen Akteur\_innen ihre eigenen Versäumnisse und Fehleinschätzungen bei den NSU-Taten nicht thematisieren wollten.

Denn die Taten des NSU stehen auch gesamtgesellschaftlich in einem Kontext, in dem die politische Lage in Deutschland zunehmend nach rechts rückt. Zwar wurde nach der Bundestagswahl 2013 von einigen Medien eine ungenutzte linke Mehrheit in Deutschland diagnostiziert, aber die angebliche „linke Mehrheit“ von SPD, Grünen und Linkspartei ist eine rein rechnerische und außerdem eine rein parlamentarische Mehrheit – und ob diese Parteien tatsächlich linke Politik machen würden, ist mehr als fraglich. Tatsächlich hat eine Mehrheit der deutschen Wähler\_innen konservativen, rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien ihre Stimme gegeben. Die CDU/CSU hat nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt und die Alternative für Deutschland (AfD) ist kurz vor der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Die weit verbreiteten rassistischen Ressentiments in der sogenannten „bürgerlichen Mitte“, die schon immer vorhanden waren – hiervon liefert die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ des Bielefelder Wissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer ein eindrückliches Zeugnis – materialisieren sich immer stärker in den Wahllokalen und auf der Straße.

Hierauf verweisen nicht nur die zwei Millionen Wähler\_innenstimmen an die AfD, sondern auch die in ganz Deutschland stattfindenden Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Seit Mai 2013 läuft vor dem Oberlandesgericht (OLG) München der Prozess gegen Beate Zschäpe und weitere Personen, die dem NSU Umfeld zugerechnet werden. In einigen Zeitungen wurde dem Gerichtsprozess weit mehr Bedeutung zugemessen, als ein reines Strafverfahren gegen Beate Zschäpe zu sein: Die Judikative solle wieder Vertrauen bei den Menschen in den Deutschen Staat schaffen, nachdem die Exekutive eklatant versagt hatte. Ein solcher Anspruch muss ins Leere laufen und könnte zudem zentrale Fragen der NSU-Mordserie verschleiern.

### Kein Raum für Aufarbeitung

Der Prozessbeginn offenbarte bereits die Überforderung des Gerichts, angemessen mit der Tragweite der Mordserie umzugehen. Die Taten des NSU hatten insbesondere im türkischen und griechischen Ausland eine enorme Resonanz gefunden. Bei der Sitzplatzvergabe an Medienvertreter\_innen blieben Journalist\_innen von türkischen und griechischen Medien jedoch ohne festen Platz. Der Vorsitzende Richter Manfred Götzl beharrte auf seinem Sitzplatzverfahren und erst das Bundesverfassungsgericht erwirkte mit einem Eilbeschluss die Vergabe einer angemessenen Anzahl von Plätzen an Vertreter\_innen ausländischer Medien.<sup>2</sup> Der Prozessbeginn wurde daraufhin um einen Monat verschoben. Kein einziges Mal war das öffentliche Interesse an dem Prozess so stark wie zu Beginn des Verfahrens. Offensichtlich waren viele Politiker\_innen und Journalist\_innen besorgt, dass nach der Exekutive nun auch die Judikative ein schlechtes Bild von Deutschland in der Öffentlichkeit bieten würde. Der Gerichtsprozess an sich wurde jedoch nicht thematisiert.

Denn erstens offenbart nicht nur die Sitzplatzvergabe ein Ungleichgewicht im Verfolgungsinteresse des deutschen Staates bei Taten von Nazis. Beispielsweise wurden für die Prozesse gegen die Rote Arme Fraktion (RAF) keine Kosten und Mühen gescheut und eine zwölf Millionen Mark teure Mehrzweckhalle in Stuttgart-Stammheim errichtet. Der Gerichtssaal A 101 im Strafvollzugszentrum Mün-

<sup>1</sup> Die Namen der Opfer lauten, in der Reihenfolge ihrer Ermordung: Enver Simsek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Tasköprü, Habil Kilic, Mehmet Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik, Halit Yozgat sowie Michèle Kiesewetter.

<sup>2</sup> Vgl. Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Beschluss vom 12.04.2013, Az. 1 BvR 990/13.

chen fasst nun 110 Plätze. Zumal der Prozess angesichts des Umfangs der Mordserie und all der zahlreichen unaufgeklärten Verstrickungen der Sicherheitsbehörden mit zwei Jahren Laufzeit relativ kurz angesetzt ist. Dieser Vergleich zwischen dem NSU und der RAF folgt dabei keinem extremismustheoretischen Zweck. Die Vergleichbarkeit beruht darauf, dass ähnliche Straftatbestände mit einem politischen Hintergrund verübt worden sind. Während aber der Staat in den Taten der RAF eine Bedrohung seiner selbst erkannte, verschließt er beim NSU dahingehend die Augen, dass hinter der Ermordung von Menschen mit Migrationshintergrund eine nationalsozialistische Ideologie steht.

Zweitens, wurde nicht einmal die Frage gestellt, ob das Recht überhaupt ein geeigneter Ort sein kann, um derartige Taten aufzuarbeiten. Dem Recht wohnen entpolitisierende Momente inne, indem einzelne Taten ihres gesellschaftlichen Kontextes enthoben werden und am Ende in den Kategorien des Rechts zu bestimmender Schuldspruch steht. Ein Prozess, der lediglich der Frage nachgehen soll, ob Beate Zschäpe nun direkt an den Morden des NSU beteiligt war, verfehlt den eigentlichen Gegenstand: Wie war der NSU genau strukturiert? Gab es möglicherweise neben Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe weitere direkte Beteiligte? Inwieweit hatten die NPD und freie Kameradschaften direkten Kontakt mit dem NSU? Was genau wussten die deutschen Ermittlungsbehörden, wie waren sie in die Taten verstrickt? Derlei Fragen sprengen aber ein Urteil, das am Ende lediglich die Schuldfrage einer Person beantworten muss. Der Vorsitzende Richter Manfred Götzl scheint sich dieser Tragweite nicht bewusst zu sein. Seiner Prozessleitung ist zu entnehmen, dass er seine Funktion alleine dahingehend bemisst, ob der Prozess am Ende einen Revisionsgrund aufweist oder nicht. Die politischen Momente des Verfahrens drohen somit marginalisiert zu werden. Die Personen in den deutschen Sicherheitsbehörden und ehemalige politische Verantwortliche scheinen damit zufrieden zu sein, dass die Kleinteiligkeit eines juristischen Verfahrens eine kontinuierliche gesamtgesellschaftliche Debatte eher verhindert, statt fördert.

#### Rechte Anwält\_innen und entpolitisierende Prozessstrategie

Im Laufe des NSU-Prozesses gerieten auch die Anwält\_innen der Verteidigung immer stärker in den Fokus der Medien. Wolfgang Heer,

Anja Sturm und Wolfgang Stahl vertreten Beate Zschäpe. Das Auftreten der drei Anwält\_innen offenbart ein grundlegendes Problem in Verfahren gegen Nazis. Heer, Sturm und Stahl waren bemüht, sich von der politischen Gesinnung ihrer Mandantin abzugrenzen und beschworen, dass die

politische Implikation in ihrer Verteidigung keine Rolle spielen sollte. Dies verkennt gerade die Bedeutung von neonazistischen Mord- und Gewalttaten: Nazis morden nicht alleine aus Freude an Gewalt, sondern die Ermordung von Menschen mit Migrationshintergrund und politischen Gegner\_innen gehört zum politischen Programm eines menschenverachtenden Rassismus und Antisemitismus. Es ist den Verteidiger\_innen unbenommen, diejenige Strategie zu verfolgen, die im Sinne ihrer Mandantin ist. Sie vertreten aber keine

### Bundestagswahl 2013

## Parteienverbot

Verfassungswidrige Parteien sollen  
weterhin verboten werden dürfen.

stimme zu

neutral

stimme nicht zu

Rechtsradikale in einem normalen Prozess, sondern prägen mit ihrer Verteidigung selbst die gesellschaftliche Deutung der NSU-Taten und die Interpretation von historischen Vorgängen. Es ist daher falsch, wenn die Verteidigung behauptet, ihre juristische Strategie entbehre eines politischen Moments.

Eine weitere Anwältin im NSU-Prozess erregte ebenfalls die Aufmerksamkeit der Medien: Nicole Schneiders. Sie vertritt Ralf Wohlleben, einen Funktionär der NPD, der wegen Beihilfe zum Mord in sechs Fällen angeklagt ist. Pikant ist, dass Schneiders selbst fest verankert in der rechten Szene ist. Sie war stellvertretende Kreisvorsitzende der NPD in Jena - unter ihrem heutigen Mandanten Wohlleben. Zudem pflegt Schneiders gute Kontakte in die Kameradschaftsszene.

Ihre Verteidigung macht deutlich, dass viel zu selten über die Vernetzung von rechten Szeneanwält\_innen in Deutschland diskutiert wird. Denn auch rechtsradikale Jurist\_innen sind um Organisation bemüht. Schneiders selbst war Teil der Rastatter Anwaltskanzlei des

<sup>3</sup> Vgl. Julian Graeber, Ich habe Anwälte in Bomberjacken gesehen, <http://www.cicero.de/berliner-republik/neonazi-konzerte-ich-habe-anwaelte-bomberjacken-gesehen/54184/> (Stand: 07.12.2013).

<sup>4</sup> Vgl. Christian Taubert, Als Szene-Anwalt zu gelten - das ist mir völlig egal, Lausitzer Rundschau, 08.05.2013.

<sup>5</sup> Vgl. Frank Jansen, Zschäpe-Verteidiger sehen sich einer „Übermacht“ ausgesetzt, Tagesspiegel, 22.11.2012.

CDU-Mitglieds Klaus Harsch, der auch Steffen Hammer und Alexander Heinig beschäftigte. Beide waren neben ihrem Beruf als Anwälte Teil des „Blood&Honour“-Netzwerks und Hammer zudem Sänger der Rechtsrock-Band „Noie Werte“. Zwar kündigte Harsch nach massivem öffentlichen Druck allen drei Anwält\_innen, es bliebe jedoch weiterhin die Frage zu stellen, wie intensiv der Kontakt zwischen dem rechten Rand der CDU und rechtsradikalen Kreisen ist. Sind solche Kooperationen als Einzelfälle zu werten oder vollziehen sich stärkere Kontakte zwischen dem angeblich bürgerlichen Lager und der rechtsradikalen Szene?

Eine starke Vernetzung von rechtsradikalen Jurist\_innen läuft in Deutschland über das Deutsche Rechtsbüro (DRB). Auch der mittlerweile verstorbene NPD-Funktionär Jürgen Rieger war im DRB aktiv. Das DRB veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Publikationen, in denen über aktuelle, die rechte Szene betreffende, Urteile genauso informiert wird, wie über „Verhaltensregeln“ für Nazis. Innerhalb der rechten Szene nimmt das DRB eine wichtige Stellung ein, da es Rechtsberatung liefert und angeklagten Nazis Anwält\_innen zuweist. Zwischen die Verbindung der rechten Szene und ihren Anwält\_innen passt also oft kein Blatt Papier. So hat auch der Journalist Thomas Kuban bei seinen Recherchen in der rechten Musikszene oft „Anwälte in Bomberjacke“ beobachtet.<sup>3</sup>

Im Übrigen steht Schneiders als Co-Kollege ein Anwalt zur Seite, der zwar kein Nazi sein will, dem aber die Bezeichnung als „Szene-Anwalt völlig egal“ ist<sup>4</sup>: Olaf Klemke verteidigte 2001 im sogenannten „Hetzjagd-Prozess“ in Cottbus junge Rechtsradikale, die Asylbewerber\_innen verfolgt hatten. Dabei geriet einer der Verfolgten, Farid Guendoul alias Omar Ben Noui, in Panik, trat, auf der Suche nach Schutz, eine Glastür ein und verblutete. Klemke sagte im Prozess, seine Mandanten wollten einfach nur „Räuber und Gendarm“ spielen.<sup>5</sup> Inwiefern er eine solche Verteidigungsstrategie auch bei Ralf Wohlleben anwenden wird, bleibt abzuwarten.

#### Das NSU-Umfeld: kein Interesse am rechten Netzwerk?

Vergleicht man den Unterschied in der Behandlung des NSU mit dem Verfolgungseifer, den die staatlichen Stellen im Fall der RAF an den Tag gelegt haben, fällt umgehend auf: Während die RAF zur Staatsfeindin Nr. 1 erklärt wurde und die Fahndungs- und Ermittlungsarbeit nicht nur die Mitglieder der Gruppe, sondern auch das gesamte Umfeld von echten und vermeintlichen Sympathisierenden umfasste, herrscht im Falle des NSU ein völliges Desinteresse an der Offenlegung personeller und organisatorischer Zusammenhänge vor. Unklar muss bleiben, wie die Vertreter\_innen der staatlichen Extremismuskonzepte dieses Unterlassen mit ihrer eigenen Logik vereinbaren können. Im Rahmen des Prozesses wurde eine Liste, die ursprünglich 100 und mittlerweile rund 500 Personen umfasst, vorgelegt. Diese führt mögliche Unterstützer\_innen des NSU, scheint aber kein gesteigertes Interesse von Polizei oder Staatsanwaltschaft nach einer weiteren Erkundung der Sachlage auszulösen. Die Ermittlungsbehörden gaben selbst reumütig bekannt, dass sich hunderte von Nazis im Untergrund befinden. Eine wahrnehmbare Ermittlungstätigkeit stellt sich jedenfalls nicht ein. Der NSU scheint als abgeschlossener Fall wahrgenommen zu werden.

Eine Ausforschung des NSU-Umfelds ist aber geboten, wenn man sich beispielsweise die Aussagen vor Gericht von Carsten Schultze, dem Lieferanten der Schusswaffen an den NSU, erneut verdeutlicht. Schultze wies darauf hin, dass Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe ihm gegenüber mit ihren Taten geprahlt hätten. Wenn das so ist, lässt sich

durchaus annehmen, dass sie an anderer Stelle ähnlich gesprächig gewesen sein dürften. Eine besonders hohe Konspirativität lässt sich anhand solcher Hinweise kaum annehmen, zumal der NSU teilweise kein klassisches Untergrundleben geführt hat, sondern relativ offen mit anderen Menschen in Kontakt getreten ist. So verbrachten Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe regelmäßig ihren Urlaub auf der Insel Fehmarn und traten dabei mit ihren Camping-Nachbar\_innen u.a. bei langen Doppelkopf-Abenden in Kontakt.

Die Gesprächsfreudigkeit des NSU zeigt sich auch im Fund einer Grußbotschaft, die im Editorial der Nazi-Zeitschrift „Der weiße Wolf“ erschienen ist: „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen;-) Der Kampf geht weiter...“<sup>6</sup>. Die Verbindungen dieser Zeitschrift reichen bis in die Mecklenburg-Vorpommersche NPD. David Peterit, ein Landtagsabgeordneter der Partei, war Herausgeber der rechtsradikalen Zeitschrift. Es ist folglich nicht ausgeschlossen, dass er für ebenjenes Editorial verantwortlich zeichnet. Zumal das Editorial unter einem Pseudonym veröffentlicht wurde, unter dem auch Peterit im Internet aufgetreten war.

Das Desinteresse der Strafverfolgungsbehörden an diesen Zusammenhängen wird angesichts des Todes eines wichtigen Zeugen im NSU-Prozess brisant, der ohne großes Zögern von der Polizei als Suizid gewertet wurde: Der Mann verbrannte Mitte September wenige Stunden vor seiner Vernehmung unter noch ungeklärten Umständen in seinem Auto bei Stuttgart.

Eines sollte jedenfalls sowohl den Ermittlungsbehörden als auch dem Gericht



**Zeitschrift  
Marxistische  
Erneuerung**

**Vierteljahres-  
zeitschrift**

**24. Jahrgang, Nr. 96, Dez. 2013, 224 Seiten**

**Klassenanalyse und Intelligenz heute**

Deppe – Neue Periode sozialer Unruhen? / Boris – Sozialstruktur und Intelligenz / Bischoff & Müller – Schrumpfende „Mitte“ / Bultmann – Hochschultrends/ Krug – IT-Beschäftigte/ Burkhardt – Intelligenz in den Gesundheitsberufen/ Heinemann – Lehrberufe: Prekarisierung und Professionalisierung / Geschonneck & Zeise – Politisierung unter veränderten Studienbedingungen / Peter – „Intellektuelle von unten“ / Salomon – Repolitisierung der Kunst?

**Gewerkschaften:**  
McCluskey – Arbeiterklasse in Großbritannien

**Marx-Engels-Forschung**  
Goldschmidt – ‚Kommunismus‘ – falsch verstandener Begriff? / Müller - Fundierte Kritik

**Krise in Süd- und Osteuropa:** Becker – Krise und Sozialproteste in Osteuropa / Knolle – Lehren aus der Wirtschaftskrise in Südeuropa

**China-Studien:** Goldberg – Staatlicher Wettbewerbskapitalismus / Peters – Chinas Entwicklung

**Und:** Czesleba & Tjaden – Entwicklungsgeschichte des Konzepts „Ökosozialismus“

**Sowie:** Diskussion, Kritik, Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

**www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de**  
e-mail:redaktion@zme-net.de

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.nsu-watch.info/2012/03/vielen-dank-an-den-nsu-was-wusste-der-weiße-wolf/> (Stand: 07.12.2013).

<sup>7</sup> Vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/category/lexikon/morde> (Stand: 07.12.2013).

<sup>8</sup> Vgl. Joachim Tornau / Pitt von Bebenburg, Bouffier stützte Geheimdienst-Schweigen, Frankfurter Rundschau, 29.06.2012.

klar sein: Eine über einen derart langen Zeitraum durchgeführte Mordserie kann nicht alleine von drei Personen ausgeführt worden sein. Ein Leben im Untergrund – selbst wenn es so amateurhaft wie vom NSU betrieben wird und beispielsweise nicht auf den Badeurlaub an der Ostsee verzichtet werden kann – ist abhängig von einem gut organisierten Netzwerk von Unterstützer\_innen, die Waffen, Pässe, Informationen, Wohnungen und anderes liefern. Die Bundesanwaltschaft ging in ihrem Antrag an das OLG München aber lediglich von drei Personen im NSU aus. Dies könnte auf lange Sicht eine der folgenschwersten Fehler im Prozess darstellen.

### Exekutive als Aufklärungshindernis

Nicht nur hinsichtlich des Unterstützer\_innen-Umfelds ist die Rolle der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex irritierend. Im Laufe des Prozesses ist bekannt geworden, dass die Konzeptionalisierung des NSU auf einen V-Mann des Verfassungsschutzes zurückgeht. Er entwarf unter dem Decknamen „Tarif“ den Plan für eine im Untergrund operierende Zelle, die Anschläge im Sinne einer nationalsozialistischen Ideologie begehen sollte. Zudem soll der sogenannte „Thüringer Heimatschutz“ (THS) zu rund einem Drittel aus V-Leuten bestanden haben. In dieser Kameradschaft begannen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ihre „politische Karriere“. Angesichts der Anzahl von V-Leuten im THS ist anzunehmen, dass die V-Leute einen maßgeblichen Einfluss auf das politische Klima der Kameradschaft hatten und letztlich die Radikalisierung der NSU-Haupttäter\_innen mitbewirkten.

Entweder wusste der Verfassungsschutz also von Beginn an, mit welcher Motivation Nazis in den Untergrund gegangen sind. Oder die V-Leute teilten dem Verfassungsschutz keinerlei relevanten Informationen mit, was den Sinn dieser Behörde insgesamt zur Disposition stellt.

Klar ist, dass auch nach dem Gang des NSU in den Untergrund beispiellose Vorgänge die Arbeit der Sicherheitsbehörden begleiteten. Nachdem die ersten Opfer ermordet wurden, richteten sich die

polizeilichen Ermittlungstätigkeiten nicht gegen Nazis, sondern die türkische Community. Hiervon zeugen nicht zuletzt die einem in den Sicherheitsbehörden fest verankerten rassistischen Weltbild entsprungene Begriffe wie „Döner-Morde“ oder „Soko-Bosporus“, die bis zur Entdeckung des NSU auch von vielen Medien unhinterfragt übernommen wurden. Ein frappantes Beispiel für rassistische Ressentiments in den deutschen Sicherheitsbehörden stellte eine Analyse des Landeskriminalamtes (LKA) Baden-Württemberg über die bundesweite Mordserie an „Kleingewerbetreibenden mit Migrationshintergrund“ dar. Der hauptverantwortliche Fallanalytiker Udo Haßmann schrieb darin: „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturkreis mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist.“ Als sei die nationalsozialistische Geschichte Deutschlands nie gewesen. Als hätte es nicht seit der Wiedervereinigung über 180 von Nazis verübte Morde gegeben.<sup>7</sup> Statt im Nazi-Milieu zu recherchieren, entblödeten sich die Sicherheitsbehörden nicht, eine eigene Döner-Imbissbude mit Verdeckten Ermittler\_innen aufzubauen, um einen Fuß in das angeblich kriminelle Milieu „türkischer Imbissbudenbetreiber“ zu bekommen. Man konsultierte sogar einen international renommierten „Wahrsager“ aus dem Iran, um die Fälle aufzudecken – ein Bemühen, das nicht von Erfolg gekrönt war.

### Ausgebremste und unsensible Judikative

Der Umgang mit den V-Leuten während des Gerichtsverfahrens offenbart die Logik der Sicherheitsbehörden. Andreas T., hauptamtlicher Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, war beim Mord an Halit Yozgat nachweislich anwesend: Zur Tatzeit surfte er in dessen Internet-Café - in dem der Mord geschah - und rückte deshalb zeitweise als Tatverdächtiger in den Blick der Ermittlungen. Dennoch hielt dieser es nicht für nötig, sich auf einen Zeugenaufwurf hin zu melden: Es handle sich „nur um ein Tötungsdelikt“<sup>8</sup>. Als sei das nicht genug, erteilte Volker Bouffier (CDU), damaliger Innenminister und mittlerweile Ministerpräsident des Landes Hessen, u.a. einem von T. geführten V-Mann keine Aussagegenehmigung.

Staatliche Vertreter\_innen verhindern damit aktiv die juristische Aufklärung von Kapitalverbrechen. Dass überhaupt eine Rechtsgrundlage existiert, die in einer Mordermittlung ein solches Vorgehen ermöglicht, zeugt von den juristischen Privilegien der Sicherheitsbehörden. Ein effektives Arbeiten der Judikative wird damit verunmöglicht. Selbst wenn die Bundesanwaltschaft eine umfassende Aufklärung der Mordserie anstreben würde, so bekäme sie andauernd Knüppel zwischen die Beine geworfen. Ihre Arbeit wird zudem von einem renitenten CDU-Minister sabotiert, der kein schlechtes Licht auf seine Untergebenen und damit sich selbst werfen möchte.

Der NSU-Prozess ist bislang ein Verfahren, das wöchentlich neue Peinlichkeiten deutscher Staatsapparate im Umgang mit der Mordserie hervorbringt. Josef Wilfing, Chef der Münchener Mordkommission, ließ auf Grundlage einer frei erfundenen Zeugenaussage nach einem „Mulatten“ (sic!) fahnden. Vor Gericht sprach er davon, Habil Kılıç - eines der Opfer des NSU - sei von einem „Fangschuss“ getroffen wor-

Anzeige



**Die Weltbühne**  
Die Schaubühne seit 1905  
Die Weltbühne seit 1918  
Ossietzky seit 1998

Informativ, knapp und klar:

# Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905  
Die Weltbühne seit 1918  
Ossietzky seit 1998



**Ossietzky** – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.  
Informativ, knapp und klar: **Ossietzky**

---

**Ossietzky** erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

---

<p><b>Bestelladresse:</b> Verlag Ossietzky GmbH Weidendamm 30 B 30167 Hannover <b>Fax 0511 - 21 55 126</b> <b>ossietzky@interdruck.net</b></p>	<p><b>Jahresabo / Geschenkabo</b> 25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-), <b>Halbjahresabo / Geschenkabo</b> 12 Hefte € 32,- <b>Jahresförderabo € 104,-</b> <b>www.ossietzky.net</b></p>
--	--

den, als sei Kılıç Wild, das von Jäger\_innen geschossen wurde. Nichts scheint Wilfing peinlich zu sein: Gemäß seiner eigenen Aussage im Prozess würde er zurückschauend nichts anders machen. Manfred Götzl hingegen herrschte eine Nebenklägerin an, er erwarte, dass sie vor Gericht höflich bleibe. Diese hatte aufgebracht reagiert, als er sie fragte, was der Mord für eine Wirkung auf sie und ihre Tochter hatte. Was wird ein Mord am eigenen Ehemann und der nachgeschobene staatliche Rufmord wohl für eine Wirkung gehabt haben? Selbst ein minimales empathisches Vermögen hätte Götzl gezeigt, wie deplatziert und unangebracht diese Frage ist.

### Die NSU-Mordserie unter den Augen des Staates

Eine Erklärung, die diese Ereignisse lediglich als staatliches Versagen oder eine Verselbstständigung der Geheimdienste deutet, greift zu kurz. Die angeblichen Pannen rund um den NSU passierten nicht nur bei den Geheimdiensten, sondern gerade auch in den Innenministerien – seien sie nun von der CDU/CSU oder von der SPD geführt – und in den Polizeibehörden. Die Sicherheitsarchitektur ist insgesamt zerfasert, unzählige Staatsapparate haben kollektiv daran mitgewirkt, dass eine präzedenzlose Mordserie von Nazis in Deutschland ohne Intervention ermöglicht wurde. Es mangelte den Sicherheitsbehörden offensichtlich nicht an Informationen über den NSU. Die V-Leute des Verfassungsschutzes waren von Anfang an in diesen involviert. Die Sicherheitsbehörden waren aber unfähig, die Erkenntnisse über die Nazis adäquat zusammen zu tragen und die richtigen Schlüsse aus diesen zu ziehen. Weiterhin bleibt die Rolle des Verfassungsschutzes uneindeutig. Mit dem Schreddern von wichtigen Unterlagen und der beharrlichen Verweigerung dem OLG München Erkenntnisse der V-Leute weiterzugeben, können die zentralen Fragen im Kontext der Mordserie nicht beantwortet werden. Wie zu erwarten war, ändert hieran auch ein personeller Wechsel nichts. Mit Hans-Georg Maaßen als neuem Bundesverfassungsschutzpräsidenten ist im Übrigen ein Hardliner neuer Verantwortlicher geworden, der mit seinen wissenschaftlichen Beiträgen über das deutsche Asylrecht gezeigt hat, dass sein vornehmliches Interesse darin besteht, den Ausbau des Sicherheitsstaates konsequent weiterzuerfolgen.

Es wäre daran zu arbeiten, vielfältige Aspekte der deutschen Sicherheitsarchitektur zusammen zu denken: Die Unfähigkeit der Behörden eine Nazi-Mordserie zu verhindern, die rassistische Form der Ermittlungstätigkeiten gegen die Opfer des NSU, das rigide Vorgehen von Sicherheitsbehörden gegen Flüchtlinge, der immer wiederkehrende Bruch mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, beispielsweise die jahrelange Bespitzelung von Anwalt\_innen und Journalist\_innen durch den niedersächsischen Verfassungsschutz – all dies zeigt, dass einerseits eine rechtsstaatliche Einhegung der Sicherheitsbehörden nicht möglich ist und andererseits rassistische Ressentiments in diesen Staatsapparaten tief verankert sind. Die NSU-Mordserie hat verdeutlicht, dass das staatliche Versagen strukturell bedingt ist und selbst die nötige Abschaffung des Verfassungsschutzes diese Probleme nicht hinreichend lösen würde.

### Resümee: Kein staatliches Interesse an Aufklärung

Der Staat scheint nicht nur auf dem rechten Auge blind zu sein. Es lässt sich vielmehr die Frage aufwerfen, wo die bloße Ignoranz gegenüber nationalsozialistischen Bewegungen und ihrer ganz konkreten Auswirkungen für ihre Opfer aufhört und eine – ob nun gewollte oder ungewollte – Unterstützung nationalsozialistischer Bewegung beginnt.

Die Exekutive hat ihre Glaubwürdigkeit in der Aufklärung der NSU-Mordserie bereits verspielt. Es besteht zumindest die Hoffnung, dass die Justiz anders handeln wird – insoweit ihr überhaupt die rechtlichen Spielräume zur Verfügung stehen. Die mangelnde Sensibilität gegenüber den Opfern und angesichts des historischen Gewichts des Prozesses macht dies hingegen unwahrscheinlich.

Der NSU kann auch nicht ohne Auswirkungen auf die antifaschistische Arbeit gegen Nazis bleiben. Obschon durchaus viele antifaschistische Gruppen bereits Ende der 90er Jahre von den Aktivitäten des Thüringer Heimatschutzes wussten, erschien eine derart professionelle Organisation von Nazis im Untergrund undenkbar. Das Potenzial rechter Gruppierungen stellt das Konzept antifaschistischen Engagements insgesamt vor die Frage, wie man überhaupt zukünftig Recherchearbeiten und praktische Gegenwehr gegen Nazis ausüben kann, wenn diese aus dem Untergrund heraus morden. Aus linker Perspektive wäre daher dreierlei zu tun: Erstens, eine fundierte Analyse des Staates vorzulegen, die die rassistischen Strukturen in den Sicherheitsbehörden offenlegt und keinen Diskurs des „staatlichen Versagens“ weiter befördert. Zweitens, eine Diskussion darüber zu beginnen, wie der Kampf gegen Rechts unter den neuen Voraussetzungen überhaupt gelingen kann. Und drittens, kein allzu großes Vertrauen in das Recht zu legen und gemeinsam mit Opfergruppierungen und Journalist\_innen eine ernsthafte Aufklärung der NSU-Taten – auch über den Gerichtsprozess und die Untersuchungsausschüsse hinaus – zu betreiben.

**Eric von Dömming studiert Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main. Maximilian Pichl studiert Rechtswissenschaften und Human-geographie in Frankfurt am Main. Beide sind im „Arbeitskreis kritischer Jurist\_innen“ in Frankfurt aktiv.**

Weiterführende Literatur:

**Wolf Wetzel**, Der NSU-VS-Komplex, 2013.

**Patrick Gensing**, Terror von Rechts: Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik, 2012.

Anzeige



**Antifaschistisches Infoblatt**  
Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR  
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)  
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)  
[mail@antifainfoblatt.de](mailto:mail@antifainfoblatt.de)  
[facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt](https://facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt)  
[twitter.com/AntifainfoBlatt](https://twitter.com/AntifainfoBlatt)

---

Kostenloses Probeexemplar